

Stellungnahme der Autovermieter

zur Diskussion um ein Verbrennerverbot für gewerbliche Flotten
ab 2030

In Anbetracht der Berichterstattungen über das Wochenende zu einem möglichen EU-weiten Verbrennerverbot für Miet- und Unternehmensflotten ab 2030, warnt der Verband der Internationalen Autovermieter (VIA) nachdrücklich vor einem solchen Schritt. Eine einseitige, gesetzlich verordnete Elektrifizierungsquote ab 2030 greift tief in die wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit von Unternehmen ein und steht im klaren Widerspruch zur politischen Linie der deutschen Bundesregierung.

Im aktuellen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD heißt es unmissverständlich:

„Eine Elektrifizierung der Fahrzeugflossen begrüßen wir grundsätzlich, eine pauschale gesetzliche Quote lehnen wir jedoch ausdrücklich ab.“

Der VIA unterstützt diese Position ausdrücklich und verweist auf die erheblichen strukturellen Risiken eines regulatorischen Schnellschusses auf europäischer Ebene. Ein solches Mandat würde nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Mobilitätsanbieter und Fahrzeughersteller gefährden, sondern auch die Auswahl und Erschwinglichkeit von Mobilitätsangeboten einschränken.

Autovermieter leisten bereits heute einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Marktdurchdringung moderner Antriebstechnologien. Gleichzeitig bestehen weiterhin massive Infrastrukturdefizite – insbesondere an Flughäfen und in touristischen Regionen. Eine einseitige Quote würde diese Herausforderungen verschärfen, die Mobilität verteuern und die Akzeptanz bei Kundinnen und Kunden gefährden.

Gerade die Kundenakzeptanz ist entscheidend und aktuell noch zu gering. Viele Fahrzeugmieter, insbesondere im Tourismus, sind im Umgang mit E-Fahrzeugen unsicher und wünschen sich unkomplizierte, flexible Mobilität ohne Reichweiten- oder Ladeprobleme, gerade im Urlaub. Unsere Flotten werden nicht nur von Unternehmen, sondern auch privaten Nutzerinnen und Nutzern gebucht.

Vor diesem Hintergrund erscheint es aus unserer Sicht wichtig, dass die Bundesregierung ihre bisherige Position weiterhin klar gegenüber der Europäischen Kommission und im Rat der EU vertritt und sich aktiv in die laufende Debatte einbringt. Notwendig ist eine technologieoffene, realitätsnahe Mobilitätsstrategie, die Investitionen fördert, unternehmerische Flexibilität sichert und praktikable Lösungen ermöglicht.

Wir stehen als Branchenverband gerne für einen konstruktiven Dialog zur Verfügung.